

Mehrsprachigkeit in der europäischen Praxis

Autor(en): **Faas, Ton**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Sprachspiegel : Zweimonatsschrift**

Band (Jahr): **47 (1991)**

Heft 5-6

PDF erstellt am: **30.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-421605>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Mehrsprachigkeit in der europäischen Praxis

Von Ton Faas

Obwohl es auf dem europäischen Kontinent kaum Staaten mit einer einheitlichen Bevölkerung gibt (wie z.B. in Island und Portugal), existieren nur wenig echte zwei- bzw. mehrsprachige Länder, wo die verschiedenen Volksgruppen dieselben Rechte genießen.

Was dies betrifft, können nur Finnland, Belgien, das Großherzogtum Luxemburg* und die Schweiz als solche anerkannt werden. Selbstverständlich herrschen in jedem dieser Staaten andere Verhältnisse.

In weitaus den meisten Staaten, wo es mehrere Sprachminderheiten gibt, herrscht eine privilegierte (Staats-)Sprache, z.B. Französisch in Frankreich, Serbokroatisch in Jugoslawien, Russisch in der Sowjetunion usw. Aber auch in diesem Jahr ist der Sprachkampf in Europa nicht endgültig vorbei, wie Auseinandersetzungen in der Vurgegend (Belgien), in der Bretagne, in Südfrankreich, im Elsaß, auf Korsika, in Transsylvanien (Siebenbürgen) oder in Oberschlesien immer wieder beweisen. Polen leugnete bis vor kurzem sogar das Bestehen einer deutschsprachigen Minderheit, die laut Schätzungen seitens der deutschen Regierung mindestens 800 000 Menschen, eher aber eine Million beträgt.

Wir wollen uns näher mit dreien der genannten Länder befassen und untersuchen, inwieweit sich diese «Modell-Länder» an ihre Verpflichtungen gegenüber den verschiedenen Volksgruppen halten.

1. Finnland

Von der finnischen Bevölkerung (rund 5 Millionen) spricht die übergroße Mehrheit Finnisch, das dem Estnischen und Ungarischen verwandt ist, während sich nur 300 000 Bürger (= 6%) des Schwedischen bedienen. Die Schwedischsprachigen leben hauptsächlich entlang dem Küstenstreifen; an der West- und Südküste stellen sie etwas mehr als ein Fünftel aller Bewohner.

Da überall sonst im Land nur Finnisch gesprochen wird, kann man kaum von wirklicher Zweisprachigkeit reden, wenn auch die finnische Verfassung Schwedisch als zweite Nationalsprache erwähnt. Alle Gesetze und Dekrete, die erlassen werden, erscheinen sowohl in finnischer als auch in schwedischer Sprache. Daher verfügen die Schwedischsprachigen über die gleichen sprachlichen Rechte wie ihre finnischen Landsleute.

* Luxemburg habe ich wegen seiner geringen Fläche (2586 qkm) außer Betracht gelassen. Die Gesamtbevölkerung (rd. 375 000 Einwohner) entspricht der einer mittleren Großstadt. Da das Großherzogtum an der deutsch-französischen Sprachgrenze liegt, ist es selbstverständlich, daß die Bewohner im Rahmen der europäischen Integration mehrsprachig sind bzw. sein müssen (letzeburgisch, hochdeutsch, französisch).

Ein besonderes Sprachgesetz erläutert genau, wie Zweisprachigkeit in der Praxis zu handhaben sei. Der Ausgangspunkt ist, daß jede Gemeinde einen sprachlichen Status hat: sie ist entweder finnisch oder schwedisch oder zweisprachig. Dank dem Grundsatz der Verfassung, daß beide Landessprachen gleichberechtigt sind, ist es möglich, Institutionen zu schaffen, die die besonderen Interessen der schwedischen Minderheit berücksichtigen. So gibt es nicht nur ein dichtes Netzwerk schwedischer Schulen im Küstengebiet, sondern auch einige Schulen im Landesinnern, wie z.B. in Tammerfors/Tampere.

Die Schwedischsprachigen besitzen eine eigene Universität: Åbo Akademi, die sich in Åbo/Turku und Vasa/Vaasa befindet; außerdem ist die Universität von Helsingfors/Helsinki zweisprachig.

Der finnische Rundfunk sendet Radioprogramme in schwedischer Sprache auf einem besondern Kanal. 1980 erzeugte die schwedische Fernseh Abteilung 15% aller Sendungen im finnischen Fernsehen.

In der Volksvertretung gibt es augenblicklich zehn Abgeordnete für die Schwedische Volkspartei, die mit übergroßer Mehrheit von den Schwedischsprachigen gewählt wird; überdies sind noch sechs andere schwedischsprachige Parlamentarier darin vertreten.

Schwedisch-Finnland weist eine einzigartige Auswahl im Medienwesen auf. Insgesamt gibt es elf schwedische Zeitungen, während über hundert Zeitungen in finnischer Sprache erscheinen. «Huvudstadsbladet» (Hauptstadtsblatt) ist die Nationalzeitung mit einer Auflage von 65 000 Exemplaren.

Obwohl die Zahl der Schwedischsprachigen seit einigen Jahrzehnten bei etwa 300 000 liegt, steht ihnen eine schwere Zeit bevor. Vor allem durch Auswanderung (hauptsächlich nach Schweden) und eine niedrigere Geburtenziffer ist ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung ständig zurückgegangen (1880: 14,3%; 1930: 10,1%; 1980: 6,3%; 1991: kaum 6%!). Hinzu kommt, daß der Altersaufbau der Schwedischsprachigen ausgesprochen ungünstig ist, so daß vor dem Jahre 2000 mit einem weiteren Rückgang zu rechnen ist.

Trotz der vielen Anstrengungen der finnischen Regierung, die schwedischsprachige Gruppe überleben zu lassen, muß befürchtet werden, daß Finnland in der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts nicht länger als zweisprachiges Land betrachtet werden kann.

2. Belgien

Das Königreich Belgien, das vor anderthalb Jahrhunderten selbständig wurde, war bis 1970 ein Einheitsstaat, in dem das Französische lange Zeit vorherrschte. Durch die Staatsreformen von 1970, 1980 bzw. 1988 wurde das Land in einen Bundesstaat umgewandelt.

Von der Gesamtbevölkerung, die 10 Millionen Menschen umfaßt, sprechen etwa 60% niederländisch, 39% französisch und 1% deutsch. In der neuen Föderation gibt es drei Gemeinschaften: die flämische, die französische und die deutsche (!).

Belgien zählt ebenfalls drei Regionen: Flandern, Wallonien und die Region der Hauptstadt Brüssel. In der flämischen Region gilt das Niederländische als offizielle Sprache, in Wallonien ist Französisch Amtssprache, während die 19 Gemeinden, die zusammen die Brüsseler Region bilden, offiziell zweisprachig sind. Das zweisprachige Brüssel liegt wie eine Insel in niederländischsprachigem Gebiet. Die deutschsprachige Gemeinschaft verfügt über keine eigene Region und ist der wallonischen untergeordnet.

Zufolge der Föderalisierung kann man eigentlich nicht mehr von echter Zweisprachigkeit reden, denn in den beiden großen Gebieten Flandern und Wallonien herrscht auf allen Gebieten eine strikt eingehaltene Einsprachigkeit. Nur die Brüsseler Region, wo die Frankophonen 75-80% der Gesamtbevölkerung bilden, ist zweisprachig.

Was den Sprachgebrauch betrifft, hat die Nationalregierung jedoch das Entscheidungsrecht für die Gemeinden mit einer Sondersprachregelung (es handelt sich hier um die sechs Randgemeinden um Brüssel herum, um die Sprachgrenzgemeinden und um die neun deutschsprachigen Gemeinden in Ostbelgien nebst Malmedy und Weismes) und die Hauptstadt Brüssel. Es ist nun klar, daß sich die deutschsprachige Gemeinschaft in einer heiklen Lage befindet. Sie mag offiziell den beiden anderen Gemeinschaften ebenbürtig sein; aber schon die Tatsache, daß nur 70 000 Belgier als Deutschsprachige anerkannt werden, straft das Märchen von der bestgeschützten Minderheit Lüge.

Im alltäglichen Leben werden die Sprachgesetze im Gebiet deutscher Sprache von den Frankophonen mit Füßen getreten. Hinzu kommt, daß 30 000 – 40 000 Menschen als Wallonen (also Französischsprachige) bezeichnet werden, auch wenn sie sich im Familienkreis einer fränkischen, also auch deutschen Mundart bedienen. Diese Menschen, die im Nordosten der Provinz Lüttich und in einem 4–6 km breiten Streifen entlang der belgisch-luxemburgischen Grenze wohnen, erleben eine ähnliche Behandlung wie die Elsässer und Deutschlothringer in Frankreich: ihre Existenz wird von amtlicher Seite einfach übersehen. Dies hat dazu geführt, daß sich die meisten ihres Volkstums nicht bewußt sind.

3. Schweiz

Die Verhältnisse in der Schweiz sind mit jenen anderer europäischer Staaten nicht vergleichbar, die eine Hauptsprache und eine oder mehrere Sprachminderheiten aufweisen.

In der Schweiz sind alle vier Sprachgruppen – deutsch, französisch, italienisch und rätoromanisch – grundsätzlich gleichberechtigt. Daß die Praxis diesem Ideal nicht ganz entspricht, führt zu einem kulturellen Spannungsverhältnis, das von Zeit zu Zeit Probleme schafft.

Die Verfassung setzt fest, daß Deutsch, Französisch und Italienisch die *Amtssprachen* der Eidgenossenschaft sind, gleichberechtigt im Parlament, in der Verwaltung, in der Armee. 1938 trat das Rätoromanische als vierte *Nationalsprache* hinzu. Die jüngste Volkszählung (1990) zeigt folgendes Bild der Sprachverteilung: Deutsch 66%, Französisch 20%, Italienisch 11%, Rätoromanisch 1%.

Die Schulen spielen eine Schlüsselrolle, um die vier Sprachen einander näherzubringen. Die 26 Schweizer Kantone mit ihren eigenen Schulordnungen verlangen immerhin, daß jedes Kind eine zweite Landessprache zu lernen hat. Für Gymnasiasten gilt eine obligatorische Abschlußprüfung in einer der anderen Amtssprachen.

a) *Deutsche Schweiz*

Deutsch wird in der ganzen Ost-, Zentral-, und Nordwestschweiz sowie in Teilen der Kantone Freiburg und Wallis gesprochen. Auffälligstes Merkmal im deutschsprachigen Landesteil ist die Tatsache, daß sich das Hochdeutsche nur im schriftlichen Ausdruck durchgesetzt hat.

Die gesprochene Sprache ist in Lautstand, Formen, Wortschatz, Satzbau und in der eigentümlichen Satzmelodie dem mittelalterlichen Deutsch nahe geblieben. Es existiert in der deutschen Schweiz nebeneinander eine Vielfalt von alemannischen Mundarten, die unter dem Begriff des Schweizerdeutschen zusammengefaßt werden. Die Mundarten sind regional verschieden, werden aber als gesprochene Sprache in allen Lebensbereichen unabhängig vom sozialen Status gebraucht.

Die Schriftsprache der Deutschschweizer ist Hochdeutsch, das vom 16. Jahrhundert an allmählich übernommen wurde. Dieses Hochdeutsch wird in der Schweiz auch Schriftdeutsch genannt, weil es die Sprache der schriftlichen Verständigung ist (Bücher, Presse, Korrespondenz). Im Schulunterricht aller Stufen und zum Teil bei öffentlichen Veranstaltungen wird ein mehrheitlich schweizerisch gefärbtes Hochdeutsch gesprochen.

Zwischen Mundart und Hochdeutsch besteht eine psychologische Schwelle, weil der Hochsprache für das Empfinden des Deutschschweizers die Eigenschaften der gesprochenen Sprache fehlen.

Der Wechsel von Mundart zu Hochdeutsch durchzieht alle Gebiete öffentlicher mündlicher Äußerungen. So wählt man z.B. in der Kirche fast ausschließlich das Hochdeutsche für die Predigt; in der Armee Hochdeutsch für viele Befehle, Mundart für nur mündliche Anweisungen an die Truppe; in Rundfunk- und Fernsehsendungen Hochdeutsch für Nachrichten und Kommentare, Mundart für Gespräche, Berichte, Lokalsen-

dungen sowie Kinderstunden; das Berufstheater spielt meistens hochdeutsche Stücke, das Lagentheater mundartliche; in einzelnen Behörden und im Parlament ist Hochdeutsch die Verhandlungssprache, in anderen ist Mundart üblich; Reden und Vorträge werden je nach Ort, Anlaß und Thema hochdeutsch oder schweizerdeutsch gehalten. Die Nachbarschaft zur lateinischen Schweiz verlangt den Gebrauch der Hochsprache im überregionalen Verkehr.

Zufolge der zunehmenden Mobilität in der Industriegesellschaft, mit dem Eindringen des Fremdenverkehrs in die Bergregionen und durch den Einfluß der Massenmedien bilden sich die Mundartunterschiede zurück, was von vielen bedauert wird, und die Mundarten selbst verändern sich.

b) Französische Schweiz

Im Westen der Schweiz wird Französisch gesprochen. Auch die Romandie hatte ihre Mundarten, doch wurden sie von Kirche und Schule in bäuerliche Gebiete abgedrängt. Entsprechend galt die Mundart als kulturell und sozial minderwertig. Aufgrund dieser Diskriminierung starben vielerorts die Patois aus. Das Westschweizer Französisch kennt zwar regionale Eigentümlichkeiten, aber davon abgesehen spricht man heute in der Romandie Schriftfranzösisch. Die frankophone Bevölkerung verfügt heute über vier Universitäten (Genf, Lausanne, Freiburg und Neuenburg).

c) Italienische Schweiz

Italienisch spricht man im Kanton Tessin und in Teilen Graubündens. Diese Sprachgruppe ist bisher ohne Universität geblieben; ihre Kulturschaffenden sind zum Teil auf das nahe Mailand angewiesen. Im italienischen Sprachgebiet sind die lokalen Mundarten in ländlichen Gebieten erhalten geblieben, wo sie namentlich im familiären Leben gebraucht werden.

Mit der Eröffnung der Gotthardbahn, neuerdings auch der Gotthard-Autobahn, sowie mit dem Ausbau der Paßstraßen hat der internationale Verkehr die südschweizerische Wirtschaft neu belebt; damit und durch den Tourismus wurde freilich auch der deutschsprachige Einfluß größer, und die Gefahr eines allmählichen Verlustes des Volkstums der Südschweizer ist vorhanden.

d) Rätoromanische Schweiz

Die Sprache der Rätoromanen ist keine einheitliche Sprache. Der Begriff «rätoromanisch» bezeichnet eine Reihe von verwandten, jedoch unterschiedlichen sprachlichen Ausprägungen. Das Rätoromanische ist die Sprache von etwa 50 000 Menschen, die praktisch ausnahmslos auch Deutsch sprechen, also zweisprachig sind.

Unter dem Druck des italienischen Faschismus beschlossen die Schweizer Bürger 1938 in einer Volksabstimmung, das Rätoromanische als «Nationalsprache» anzuerkennen; im Kanton Graubünden ist es ohnehin Amtssprache, d.h., es ist in öffentlichen Erlassen und im Rechtsbereich anwendbar. Der Kanton hat die Auflage, seine Schulbücher in deutscher und italienischer Sprache sowie in mehreren rätoromanischen Varianten herauszugeben.

Schweizer Deutsch und Bundesdeutsch

Im Umgang mit deutschsprachigen Ausländern (Ausländern deutscher Muttersprache!) sind einem Überraschungen gewiß. So bearbeitete ich einmal im Zwiegespräch mit einem Bürger der damaligen (west)deutschen Bundesrepublik das weitläufige Feld volklicher Eigentümlichkeiten. Selbstverständlich benutzte ich die den Bundesdeutschen eigenen Ausdrücke wie Grundgesetz, Gartenbeet, Eis, Fahrkarte oder einen Ausdruck wie «auf Heller und Pfennig»; dank einiger Willensaufbietung und Bewußtwerdung vermochte ich also Wörter und Wendungen zu unterdrücken wie Verfassung, Pflanzplätz, Glacé, Billett, oder «auf Franken und Rappen».

Das Wort «Grundgesetz» hingegen war für mich nicht einfach ein Synonym für Verfassung, sondern ein Begriff zum ausschließlichen Gebrauch im Zusammenhang mit der deutschen (Grund-)Gesetzessammlung.

Obwohl mein Gegenüber nicht den geringsten Hinweis von mir auf meine Herkunft erhielt, ließ er sich – zu meinem damaligen Unglauben – zur Bemerkung verleiten, ich spräche ein «sehr wohlklingendes Schweizer Deutsch».

Bei kurzem, angestrengtem Nachdenken kam ich zum Schluß, daß der Mann recht hatte: Klangfärbung und Besonderheiten unserer Aussprache verleihen unserem «Hochdeutsch» einen nationalen, eben schweizerischen Charakter, so wie sich das Österreicher Deutsch bei aller Übereinstimmung in Wortgut und Satzbau vom Bundesdeutsch unterscheiden läßt. Schweizer Deutsch ist also nicht Schweizer Mundart, wie ich damals erkannte.

Vielleicht wäre es lehrpsychologisch geschickter, wenn deutschschweizerischen Abc-Schützen nicht eine unheilbare Ehrfurcht vor dem gesprochenen Hochdeutsch eingepaukt würde; die Furcht, «nie» ein «so geschliffenes» (Hoch[?]-)Deutsch von sich geben zu können wie ein Deutscher, ist bei vielen viel zu tief eingegraben. Dadurch wird unnötig eine Ladehemmung aufgebaut – die Bereitschaft, deutschsprachliche Aus-